Basel, den 10. April 1926 XXVI. Jahrgang / No. 15

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Führende Gedanken. — Der Verband schweiz. Konsumvereine im Jahre 1925. — Nach der Abstimmung im A. C. V. — Der Konsumverein Olten im Jahre 1925. — Jahresabschlüsse von Verbandsvereinen. — Landpreis und Milchpreis. — Volkswirtschaft: Wirtschaftlicher Wochenbericht. — Bewegung des Auslandes: Rumänien. Schweden. — Aus unserer Bewegung: Basel, Biel, Wald. — Bibliographie. — Verbandsnachrichten.

Führende Gedanken

Arbeit, die Lebensgrundlage.

Diese Welt hat sich nicht nur in der Natur um uns wie in der eigenen Geschichte der Menschheit der Erkenntnis in ungeahnter Weise erschlossen, sie hat auch dem menschlichen Wirken immer mehr Angriffspunkte gezeigt; der Befund der Dinge, sonst wie ein unentrinnbares Schicksal hingenommen, zeigt sich jetzt sehr wohl einer Veränderung und Verbesserung fähig: Elend und Roheit werden angegriffen, das Leben in rascheren Fluss versetzt und weit reicher wie freudvoller gestaltet. Den Kern des neuen Lebens bildet aber die Arbeit, das heisst die Tätigkeit, welche den Gegenstand ergreift und ihn für den Menschen bereitet. Was von altersher davon vorlag, das hat die Neuzeit erheblich dadurch gesteigert, dass ihr die Arbeit weit mehr über die Kräfte und Zwecke der Individuen hinauswächst, ja durch Bildung selbständiger Zusammenhänge dem Menschen überlegen wird. So zeigen es Wissenschaft und Technik, so zeigen es auch politisches und soziales Wirken; sie alle machen den Menschen zum Gliede eines Arbeitsganzen, dessen Forderungen er unbedingt nachkommen muss. Diese Unterordnung der Einzelnen gibt dem Ganzen eine gewaltige Macht, es fasst das Nebeneinander der Kräfte und das Nacheinander der Zeiten kräftiger zu gemeinsamem Wirken zusammen, das sicher vordringt und keine Grenzen anerkennt. So gewinnt die Menschheit einen frischen Mut und ein stolzes Selbstvertrauen, ihr eigener Bereich entwickelt ein mannhaftes, klares, zielbewusstes Leben, das auch zu entsagen vermag, aber durch das Entsagen keineswegs niedergedrückt wird. Für allen Verzicht scheint der Gewinn an Sicherheit und an Wahrhaftigkeit vollen Ersatz zu bieten. Unerschütterlich fest scheint der Boden, der hier die Arbeit trägt, alle Einbildungen und Vorurteile, deren trüber Nebel die Dinge umhüllte, sind verschwunden und weichen hellem Sonnenschein, das Wirken findet nach allen Seiten ein offenes Feld; so scheint erst hier das Leben sich selbst und seine Kraft zu finden, von einem Schlummerzustand in volle Wahrheit überzugehen. Alles Unternehmen hat dabei den Reiz eines frischen Sehens und ursprünglichen Entdeckens. Dürfen wir uns wundern, dass dieses Leben eine starke Anziehungskraft ausübt, und dass es sich auf das Goethewort berufen darf:

„Er stehe fest und sehe hier sich um,
Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm."

Rudolf Eucken: Der Sinn und Wert des Lebens.

Der Verband schweiz. Konsumvereine im Jahre 1925.

I.

Langsam nur konnte sich die Konsumvereinsbewegung der Krise entwinden, von der sie durch den grossen Preissturz von 1921/22 erfasst und geschädigt wurde. Wenn heute stellenweise noch unangenehme Nachwirkungen spürbar sind, so kann doch konstatiert werden, dass bei den Konsumvereinen im allgemeinen die Kräfte vorhanden waren, die schliesslich dieser Schwierigkeiten Herr zu werden vermochten. Die bezüglichen Wahrnehmungen aus letzter Zeit, Wahrnehmungen im einzelnen, bestätigt nun auch der Verband schweiz. Konsumvereine im Rechenschaftsbericht der Verbandsbehörden für 1925. Der Bericht der Verwaltungskommission beginnt nämlich mit den folgenden erfreulichen Feststellungen:

«Das Berichtsjahr 1925 darf, vom Standpunkte des V. S. K. aus betrachtet, im grossen und ganzen als günstig bezeichnet werden. Der Umsatz der Verbandsvereine sowohl als auch derjenige der Zentraleinkaufsstelle hat zugenommen, obwohl bei mehreren der wichtigsten Warenartikel zum Teil erhebliche Preisrückgänge zu verzeichnen sind. Die finanzielle Grundlage der Mehrzahl der Vereine hat sich weiterhin gefestigt und auch dem V. S. K. war es möglich, seine Reserven neuerdings zu erhöhen».

Mit diesen Feststellungen will der Bericht der Verwaltungskommission nicht über das hinweggehen, was dem erfreulichen Gesamtbilde einige düstere Reflexe gibt. Er verschafft denselben im Gegenteil durch folgende Ausführungen Beachtung:

«Allerdings muss als unerfreuliches Vorkommnis erwähnt werden, dass einzelne Verbandsvereine sich genötigt sahen, entweder durch Nachlassverträge um einen teilweisen Schuldenerlass einzukommen oder aber in Liquidation zu treten. Diese sehr bedauerlichen Erscheinungen sind indessen nur als Einzelfälle zu bewerten und konnten nur eintreten, weil an den betreffenden Orten den genossenschaftlichen und geschäftlichen Grundsätzen nicht oder nicht in genügendem Masse Rechnung getragen worden war.»

Aus den gemachten Erfahrungen, so schädlich sie waren, könnte sich doch noch ein Nutzen ergeben, wenn sie überall zur Lehre genommen würden. Die Verwaltungskommission des V. S. K. will deshalb nicht verfehlen, die Verwaltungen und Behörden der Konsumvereine zur wünschbaren Nutzanwendung zu veranlassen:

«Diese Erscheinungen sind denn auch ein Hinweis auf die unzweifelhafte Notwendigkeit, dass, besonders in einem Genossenschaftsbetriebe, pflichtbewusste, einfache und sparsame Verwaltungsorganisation erforderlich und beim Wareneinkauf sowie bei Erstellung von Bauten grösste Vorsicht nötig ist, damit die berechtigte Hoffnung der Mitglieder auf die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auch wirklich erfüllt werde.

«Die Erfahrungen der letzten Jahre haben erwiesen, dass neben der Aufklärung der Konsumentenschaft über die Bedeutung des Genossenschaftswesens, neben dem Bestreben auf stetige Stärkung der materiellen Grundlage der Konsumgenosssenschaften durch Schaffung von sozialem Kapital, die ganze Aufmerksamkeit der Behörden besonders auch der Heranbildung eines tüchtigen Verwaltungs- und Betriebspersonals zugewendet werden muss. Die Verwaltungskommission betrachtet deshalb als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, alle Bestrebungen zur Heranbildung tüchtiger Personen zu unterstützen, die sich, ihrer hohen Aufgabe bewusst, als Diener und Mitarbeiter einer bedeutenden kulturellen und sozialen Bewegung, mit Liebe und Hingabe, aber auch mit Sach- und Fachkenntnis, in den Dienst unserer Sache stellen sollen.

«Die Genossenschaft, insbesondere die Konsumgenossenschaft, ist dazu berufen, den Anfang einer neuen Wirtschaftsordnung zu bilden, von wo aus sich allmählich und stetig die Umgestaltung und Erneuerung des Wirtschaftlebens ausdehnen wird. Die Konsumgenossenschaftsbewegung kann deshalb auch nicht politische oder religiöse Einflüsse zur Vertretung von Sonderinteressen in sich aufnehmen, sofern sie ihre Aufgabe in vollem Umfange zu verwirklichen trachtet, die dahin geht, alle Volksklassen zur Gemeinschaftsarbeit zusammenzubringen, um die daraus entstehende und sich stets vervielfältigende Kraft zum Wohle der gesamten Bevölkerung nutzbar zu machen.»

Ueber die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1925 enthält der Bericht wieder so viel Interessantes, dass wir hier nur das uns am wichtigsten Erscheinende erwähnen können.

Der Aufsichtsrat hielt im Jahre 1925 acht Sitzungen ab. Der Ausschuss des Aufsichtsrates erledigte die ihm nach den Statuten zukommenden Obliegenheiten in fünf Sitzungen. Neben den Tagungen des Aufsichtsrates nahm er ferner teil an zwei Konferenzen der Verwaltungskommission mit den ersten Angestellten des V. S. K.

Von der Verwaltungskommission wurden im verflossenen Jahre 107 Sitzungen abgehalten; ferner nahm sie teil an sämtlichen Sitzungen des Ausschusses und des Aufsichtsrates und war entweder vollzählig oder durch Delegationen vertreten an den Generalversammlungen der unter Mitwirkung des V. S. K. gegründeten Zweckgenossenschaften, sowie an den Kreiskonferenzen. Auch das verflossene Jahr brachte der Verwaltungskommission ein vollgerütteltes Mass Arbeit. Neben der stetigen Förderung einer zielbewussten Propagandatätigkeit lag ihr insbesondere eine innere Erstarkung der Verbandsvereine und eine baldige Sanierung derjenigen Organisationen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren, sehr am Herzen. Es ist unerlässlich für einen weiteren gedeihlichen Aufbau der gesamten Bewegung, dass jedes einzelne Glied auf eine wirtschaftlich und finanziell derart solide Grundlage gestellt werde, dass es auch in der Lage ist, den ihm gestellten Aufagben in jeder Hinsicht gerecht zu werden und als Vorkämpfer für die Schaffung eines gerechteren Wirtschaftssystems zu dienen. Die Verwaltungskommission hielt es deshalb für geboten, in allen Fällen, wo eine Sanierung notwendig wurde und wo der V. S. K. die dafür erforderlichen Mittel vorstreckte, auch die Verwaltung der betreffenden Organisationen zu übernehmen, damit die gebrachten Opfer sich allmählich zum Vorteile der betreffenden Vereine bezw. der Mitgliedschaft auswirken mögen. Die Verwaltungskommission darf mit Genugtuung feststellen, dass im allgemeinen die Vereinsbehörden sich mit viel Idealismus der Sache hingeben; dagegen haben die Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen, dass unablässig an der Schaffung von geschäftstüchtigen, vorsichtigen und sparsamen Verwaltungsorganen gearbeitet werden muss, die in der Lage sind, die genossenschaftlichen Fragen nicht nur theoretisch zu erfassen, sondern auch in praktischer Weise in die Wirklichkeit umzusetzen.

Es ist sehr zu begrüssen, dass das Genossenschaftliche Seminar (Stiftung von Bernhard Jæggi) den bezüglichen Bedürfnissen dienen will, indem es sich die Aufgabe stellt, Personen beiderlei Geschlechts, welche sich aus innerer Neigung mit Ernst und Hingabe in den Dienst der Genossenschaftsbewegung stellen wollen, für die Betätigung in allen Formen derselben durch methodische Schulung und Erziehung theoretisch und praktisch auszubilden. Für die Zeit vom 29. August bis 11. September 1926 werden vom Genossenschaftlichen Seminar Kurse für Verwalter, Vorstandsmitglieder, Revisoren, Propagandisten, Verkäuferinnen und weiteres Personal genossenschaftlicher Betriebe in Aussicht genommen. Ferner wird beabsichtigt, vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1927 einen Winterhalbjahreskurs für theoretische und praktische Ausbildung im Genossenschaftswesen durchzuführen. Die Verwaltungskommission hat beschlossen, die Lokalitäten für die Durchführung dieser Kurse im V. S. K. sowohl als auch im Genossenschaftshaus im Freidorf bei Basel zur Verfügung zu stellen; ferner diejenigen Personen, die im V. S. K. tätig und zur Mitwirkung in diesen Kursen bereit sind, zur Mitarbeit im Genossenschaftlichen Seminar zu ermächtigen. Auch ist der V. S. K. bereit, Arbeiten, wie Führung von Buchhaltungen der von ihm geleiteten Konsumvereine oder Spezialbetriebe, dem Genossenschaftlichen Seminar zu übertragen, um den Teil-

nehmern die Möglichkeit zu verschaffen, sich unter fachmännischer Anleitung in das praktische Gebiet einzuarbeiten.

Die Verwaltungskommission erwähnt in ihrem Bericht in anerkennender Weise die vom Verein schweiz. Konsumverwalter durchgeführten Kurse für Konsumverwalter, wovon der eine vom 3.—6. September 1925 im Freidorf und der andere am 21. und 22. November 1925 in Tavannes unter Mitwirkung verschiedener Funktionäre des V. S. K. abgehalten wurde. Beide haben, zu allseitiger Befriedigung, einen vollen Erfolg erzielt. Die Verwaltungskommission unterstützte auch im verflossenen Jahre, durch Abordnung von Referenten, Instruktionskurse für das Verkaufspersonal, die von lokalen Konsumvereinen oder von Kreisverbänden durchgeführt wurden.

Nach der Abstimmung im A. C. V.

Die in der letzten Nummer des «Schweiz. Konsum-Verein» veröffentlichten Abstimmungsbetrachtungen einiger sozialdemokratischer Blätter und des kommunistischen «Basler Vorwärts» liessen erwarten, dass ihnen noch weitere Aeusserungen nachfolgen werden. Wie sich die «Basler Arbeiter-Zeitung» und der «Basler Vorwärts» weiter miteinander beschäftigen, kann bei uns deshalb Anspruch auf Beachtung machen, weil daraus hervorgeht, dass die Bewegung des gewerkschaftlich organisierten Personals im A. C. V. sowohl in ihrem Entstehen als in ihrem Verlauf politisch beeinflusst war. Der grosse Fehlschlag, der sich für die Kommunisten wie für die Sozialdemokraten ergeben hat, macht es durchaus begreiflich, wenn nun die eine Richtung die Schuld der andern Richtung zuschieben will. Dem Genossenschafter bleibt wichtig, dass aus solchem Gezänk die Vorgänge eine gewisse Abklärung erhalten, und überdies die offensichtlicher gewordenen Tatsachen auf eine bessere Einsicht für die Zukunft schliessen lassen.

Mit der scharfen Kennzeichnung «Brunnenvergifter» tritt die «Basler Arbeiter-Zeitung» vom 29. März gegen den «Basler Vorwärts» auf. Der Sozialdemokrat Schneider sagt dem Kommunist Wieser unter Hinweis auf die Abstimmungsbetrachtung (siehe letzte Nummer) u. a. folgendes:

«Es hätte uns gewundert, wenn nicht Herr Dr. Wieser die Ursache der Niederlage in der A. C. V.-Abstimmung der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben hätte. Gerade er, der für die Entwicklung dieser Bewegung sehr stark verantwortlich ist, hat allen Grund, Sündenböcke zu suchen. Schon im Unionsvorstand hat er scharf gemacht und zur Kündigung des Vertrages gehetzt. In seinem Schimpfblättchen hat er der A. C. V.-Arbeiterschaft vorgemacht, als ob sie den Sieg bereits in der Tasche habe; in der Personalversammlung hat er die Kulisse geschoben, damit der sozialdemokratische Vermittlungsvorschlag abgelehnt wurde. Dann gab er den «A. C. Vau» heraus, der überall, selbst bei den Kommunisten grosse Misstimmung hervorrief und bis zu einem gewissen Grade für das Abstimmungsresultat verantwortlich gemacht wird. Man möge sich beim Konsumpersonal selbst erkundigen. Gründe genug, dass der kommunistische Doktor nach der Methode: «Haltet den Dieb!» andere verantwortlich machen will. Wie lange lässt sich die Basler Arbeiterschaft von diesem Herrn das Porzellan zerschlagen, glaubt sie nicht bald, dass sie dem krankhaften Ehrgeiz und seiner Demagogie genug geopfert hat?»

In bezug auf die Frage des Herrn Wieser, wo bei der Abstimmung die mehr als 5000 sozialdemokratischen Wähler bei den Genossenschaftsratswahlen vom letzten Juni geblieben seien, antwortet Herr Schneider: «Wir könnten die Frage zurückgeben; sie wurde aber schon in der Samstagsnummer (d. h. im Abstimmungskommentar der «Arbeiter-Zeitung». Die Red.) beantwortet. Herr Dr. Wieser möge etwas herumhorchen und er kann Dinge hören, die gerade ihm nicht angenehm in den Ohren klingen dürften.»

Das, was Herr Schneider in der Arbeiter-Zeitung» sagte, bezeichnete andern Tages Herr Wieser im «Vorwärts» als «allzu Einfältiges». Er lehnt die Ehre, das Hauptverdienst an der scheusslich verkrachten A. C. V.-Bewegung zu haben, wie folgt ab:

«Wenn es so wäre, wie hier geschrieben steht, dann könnte ich mir wirklich einiges einbilden: dass es mir gelang, im Unionsvorstand den grossen Politiker Hugo Baumgartner und den nicht minder grossen Taktiker Karli Schaub wie den staatsmännischen Redner Sieber[1]) so um die Finger zu wickeln, dass sie in den stärksten Worten das Personal aufhetzten; dass es mir gelang, dem ganzen A. C. V.-Personal Kulissen — wohl Potemkinsche Dörfer — vorzumalen und sogar den erfahrenen Gewerkschafter Pascher hineinzulegen, denn er hat doch weitaus am entschiedensten die Forderungen des Personals vertreten, er hat «mit dem Streik gedroht», nicht ich; dass es mir schliesslich gelang, die Sozialdemokraten in eine ganze böse Situation hineinzumanövrieren, so dass die nun die Blamage der Niederlage einstecken müssen — all das wäre doch allerhand. Aber es ist ja gar nicht so! Man sieht nur wieder einmal, mit welcher Verachtung im Grunde diese sozialdemokratischen Führer auf die Arbeiter herabblicken. Diese haben keinen eigenen Willen, keine eigene Ueberlegung; wenn sie nicht tun, was sozialdemokratischer Wille ist, dann sind sie «Verführte», sind «aufgehetzt». Wir wiesen schon in jener Kartellversammlung, die sich mit dem A. C. V.-Konflikt befasste, darauf hin, dass sich das A. C. V.-Personal diese «von-oben-herab-Behandlung» durch die Herren Schneider usw. nicht gefallen lassen kann. Das Personal wusste, was es tat, als es den Vertrag kündigte; es ist heute noch überzeugt, dass seine Forderungen gerechtfertigt waren, und lehnt deshalb derartige Belehrungen ab. Dass Herr Schneider heute nach «Sündenböcken» sucht, und die Aufmerksamkeit von der Sache auf Personen ablenken möchte, begreifen wir sehr gut; denn sein Türk ist «verr.....». Klar zeigt sich heute, dass sein Kompromissvorschlag nur von der Sorge um seine Partei, nicht im Interesse des Personals gestellt war. Man hoffte, dass der Kompromiss durchgehen und dann die Sozialdemokraten — so schön vor den Wahlen! — sagen könnten: Seht, das haben wir für euch herausgeholt! Nun hat es doch nichts genützt, und darum die Wut. Denn die Arbeiter haben ganz genau begriffen, dass wir Kommunisten allein in dieser ganzen Sache eine klare, konsequente und aufrichtige Politik verfolgten. Nun entlarvt sich Herr Schneider selbst; jetzt schreibt er plötzlich im ganz gleichen Stile wie die Bürgerlichen und die Verwaltungskommission vor der Abstimmung. Ich hätte «zur Kündigung des Vertrages gehetzt»! Ja, war denn diese Kündigung gerechtfertigt oder

[1]) Die drei Genannten sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. *Die Red.*

nicht? War sie richtig? Wenn ja, dann brauchte man doch nicht zu hetzen! Wenn nein, warum haben dann die Sozialdemokraten durch ihren Kompromiss die Forderungen des Personals zum Teil als berechtigt anerkannt?»

Die Vorhaltungen, die sich die Herren Schneider und Wieser machen, wollen wir dem Kommentar jedes einzelnen Genossenschafters überlassen, dieses gar nicht schwere Stück Gedankenarbeit aber noch erleichtern, indem wir unsere Leser davon in Kenntnis setzen, wie die Herren Schneider und Wieser sich zur Zurechtweisung verhalten, die ihnen im «Volksrecht» zuteil geworden ist. Herr Schneider lässt sich in der «Arbeiterzeitung» unter der Ueberschrift «Der Schulmeister wieder auf dem Posten» wie folgt aus:

«Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn unserer Partei und uns von erfahrenen Parteigenossen Lehren erteilt werden, die zu beherzigen wir uns stets bemühen. Die Abstimmung im A. C. V. hat dem Genossen Heeb in Zürich, der sich in letzter Zeit besonders als Parteischulmeister aufspielt, Veranlassung gegeben, seine Lieblingsbeschäftigung zu betreiben. Trotzdem er über den Sachverhalt orientiert sein könnte, plaudert er einfach der bürgerlichen Presse nach und macht sich ihr Urteil zu eigen. Das enthebt uns von der Verpflichtung zu einer Aufklärung, die er in seinem Blatte ja doch nicht publizieren würde, wie Beispiele beweisen. Dass sich das «Volksrecht« wieder besonders mit dem Schreibenden befasst, kann weiter nicht verwundern, da er die Heebsche Vormundschaft seit 20 Jahren ablehnt. Die Basler Parteigenossen wissen, wie die Sachlage ist. Das genügt uns. Wenn Heeb darüber anders denkt, können wir es nicht ändern. Schliesslich sind die Basler Parteigenossen nicht lauter Dummköpfe, die sich vom «Volksrecht» leithammeln lassen müssen, wie das Genosse Heeb zu wünschen scheint. Mit Ausnahme einiger weniger Parteimitglieder, für die stets nur die Interessen des A. C. V. massgebend sind, unbekümmert darum, wie sich Gewerkschaft und Partei stellen, hat die ganze Partei die Haltung, die eingenommen wurde, nicht nur gebilligt, sondern auch bestimmt. Man dürfte nun in Zürich endlich mit der Bekämpfung der Basler Partei aufhören. Es scheint uns, dass man dort genug mit sich selbst zu tun hätte. Wenn man es nicht verhindern konnte, dass der Lebensmittelverein (Genossenschaft) so herunter gewirtschaftet wurde, dass eine Rückvergütung von nur 4 Prozent bezahlt werden kann, während der Konsumverein (Aktiengesellschaft) eine Dividende von 8 Prozent ausschüttet, steht es einem nicht besonders gut an, andere anzugreifen. Soll aber den Konsumenten und den Bürgerlichen Material gegen uns geliefert werden, nun, dann können wir das «Volksrecht» daran auch nicht hindern. Wir beneiden es aber nicht um diese Tätigkeit, da uns die Meinung und Zustimmung der einfachen Arbeiter immer noch wertvoller ist, als das Lob der Bürgerpresse.»

V
S K

Dank unserem auswahlreichen Schriftenmaterial und maschinellen Einrichtungen sind wir in der Lage, den Verbandsvereinen und Vorständen

Druckarbeiten

aller Art in sauberer und guter Ausführung, innert kürzester Frist bei zivilen Preisen liefern zu können wie: Anteil-Scheine und Obligationen, Formulare jeder Art, Memoranden, Briefbogen und Kuverts, Mitgliederkarten, Depositenbüchlein, Einkaufs-Büchlein, Männerkarten Jahresberichte u. Statuten

Herr Wieser gibt im «Vorwärts» zwar der Freude darüber Ausdruck, dass «Herr Schneider von seinen lieben Zürcher Parteigenossen wieder ein Zünftiges auf die Nase bekommen» habe, aber sonst will er nicht spassen, sondern ebenfalls Fraktur reden:

«Herr Heeb soll sich nicht in Dinge mischen, die er nicht versteht, sondern vor seinen Zürcher Mistställen wischen. Ist ihm nicht bekannt, dass das mehrheitlich nicht-kommunistische Zentralkomitee des V. H. T. L. in seiner letzten Sitzung in Zürich die Forderungen des A. C. V.-Personals billigte? Wir Kommunisten wie das A. C. V.-Personal haben also in voller Uebereinstimmung mit den massgebenden Gewerkschaftsinstanzen, denen heute das «Volksrecht» in den Rücken schiesst, gehandelt. Wichtig ist schliesslich, festzustellen, dass dieses einflussreiche sozialdemokratische Blatt sich offen gegen das gewerkschaftliche Obligatorium für das Personal der Genossenschaften erklärt; diese Leute unterstützen also die Gelben, die Schmarotzer. Auch das sagt genug!»

Auch diese Aeusserungen werden unsere Leser leicht beurteilen können. Wir beschränken uns deshalb auf die eine Bemerkung, dass Herr Heeb an den Verhältnissen im Lebensmittelverein Zürich ebensowenig schuldig ist, wie Herr Schneider an den besseren Verhältnissen im A. C. V. beider Basel. Dort wurde in der weiter zurückliegenden Vergangenheit gefehlt, während hier dank einer streng geschäftstüchtigen neutralen Genossenschaftsarbeit eine vorzügliche Entwicklung der Genossenschaft ermöglicht wurde. Die kommunistisch-sozialdemokratischen Bestrebungen drohten eine weitere befriedigende Entwicklung des A. C. V. in Frage zu stellen, aber das Genossenschaftsvolk hat dieser Gefahr mit einer Wucht zu begegnen gewusst, dass man alles weitere ruhig abwarten darf.

Zur Stunde ist man noch bei dem nicht gerade erhebenden Bemühen, den Rückzug des gewerkschaftlich organisierten Personals und seiner Generäle zu maskieren. Nach der Abstimmung gab es bekanntlich starke Zeitungsdrohungen. Das letzte entscheidende Wort könne der Streik sein. Nun wird das gewerkschaftlich organisierte Personal von seinem Zentralausschuss auf Donnerstag, den 8. April also zu einer Versammlung einberufen: «Kollegen und Kolleginnen! Unsere Arbeitgeber haben in der Urabstimmung gegen uns entschieden. Das letzte und entscheidende Wort aber haben wir selbst. Am Donnerstag darf kein im A. C. V. beschäftigtes Gewerkschaftsmitglied fehlen!»

Nun erinnert die «Arbeiterzeitung» an die Aeusserungen, die im Abstimmungskommentar des «Vorwärts» an die organisierten Konsumvereinsarbeiter gerichtet wurden und mit dem Versprechen schlossen: «An uns wird es nicht fehlen, wenn es gilt, die Gesamtarbeiterschaft für die Forderungen der A. C. V.-Arbeiterschaft zu gewinnen.» Daran knüpft das sozialdemokratische Blatt einige Bemerkungen, die geeignet sind, die Situation nach der Abstimmung zu beleuchten:

«Der Zentralausschuss des gewerkschaftlich organisierten Personals hat diese Aufforderung auch richtig verstanden. Er verlangte daraufhin vom Zentralkomitee des V. H. T. L. die Bewilligung zur Auslösung des Streiks. Nun scheint Herr Dr. Wieser plötzlich Angst vor der eigenen Courage zu bekommen, denn er schrieb in der Donnerstag-Nummer des «Vorwärts»: «Wir wissen ganz genau, dass z. B. ein Streik gegen eine Genossenschaft eine ganz andere Sache ist als ein Streik in einem kapitalistischen Privatunternehmen. Ueber diesen Punkt wird man ja in der nächsten Personalversammlung noch reden müssen. Vor Tisch las man es anders, da hat Herr Dr. Wieser von Unterschieden zwischen Genossenschaft und Privatbetrieben nichts wissen wollen. Wir glauben aber den Grund zu kennen, warum der Chef des «Vorwärts» krebst. Die kommunistischen Vertrauensleute im A. C. V. haben, allerdings entgegen ihrem bisherigen Verhalten, die unverantwortliche Politik des Dr. Wieser abgelehnt. Sie haben ihm bedeutet, dass sie sich von ihm in kein Abenteuer hineinhetzen lassen. Darum beschlossen sie, der Auslösung des Streiks mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Das ist zwar nach ihrem bisherigen Verhalten sehr unlogisch, beweist aber, dass bei ihnen noch etwas Vernunft vorhanden ist. Dr. Wieser hat am Donnerstag den Uebergang zu einer neuen Haltung vorbereitet.»

Herr Wieser erklärt im «Basler Vorwärts» vom 6. April, dass er nicht der «diabolische Macher der ganzen Aktion» sei, als den man ihn in der «Arbeiterzeitung» hinzustellen beliebe. «Zur Sache selbst» will er diese Aufklärung geben:

«Herr Schneider zitiert den Kommentar, den wir zur Abstimmung schrieben und schliesst daraus, wir hätten jetzt zum Streik gehetzt. Er scheint vergessen zu haben, was er selbst nach der Abstimmung im ersten Aerger schrieb. Nämlich, dass in Zukunft das Personal überhaupt nicht mehr die Beschlüsse der Instanzen abwarten, sondern sofort zu gewerkschaftlichen Mitteln greifen werde. Wir haben uns etwas über diese Sprache gewundert. Herr Schneider suchte dann auch nachher etwas kläglich abzuschwächen. Wir schrieben am Samstag, was wir immer sagten: dass das Personal selbst und niemand anders zu entscheiden habe, wann und wie und ob ein Kampf auszulösen sei. Wir haben das Personal unterstützt, nachdem wir seine Forderungen als berechtigt anerkannt hatten. Wir halten sie heute noch für berechtigt, verleugnen nicht, wie die Sozialdemokraten, plötzlich alles, was wir **vor** der Niederlage sagten. Einem noch übermächtigen Gegner weichen zu müssen, ist keine Schande. Herr Schneider schreibt weiter, der Zentralausschuss habe unsere Forderung richtig verstanden, und daraufhin vom Zentralkomitee des V. H. T. L. die Bewilligung zur Auslösung des Streiks verlangt. Unseres Wissens hat Sekretär Pascher diese Bewilligung verlangt, ohne direkten Auftrag des Zentralausschusses. Wir schrieben am Donnerstag, dass «ein Streik gegen eine Genossenschaft eine ganz andere Sache ist, als ein Streik in einem kapitalistischen Privatunternehmen». Dazu bemerkt Herr Schneider: «Vor Tisch las man's anders, da hat Herr Dr. Wieser von Unterschieden zwischen Genossenschaft und Privatbetrieben nichts wissen wollen.» Wir müssen das Andenken dieses Herrn etwas auffrischen. Am 16. Januar 1926 berief sich Herr Schneider darauf, dass ich den programmatischen Beschluss der Arbeiterunion vom 2. Januar 1924 entworfen und in der Unionsversammlung damals begründet hätte; dieses Programm, zu dem ich heute noch stehe, spricht auch vom Streik in der Genossenschaft und von ihrem Verhältnis zu Privatbetrieben. Im Januar 1926 sagte Herr Schneider über dieses von mir entworfene Programm: «Es entspricht den Bedürfnissen der Genossenschaft und ihrer Mitglieder und wird auch dem Personal gerecht. Wir anerkennen gern, was gut ist, auch wenn es von den Kommunisten kommt.» Das dürfte genügen, um zu beweisen, dass wir uns schon seit längerer Zeit in diesen Fragen im klaren sind; gewissen sozialdemokratischen Grössen scheint aber die Niederlage vom 26. März das bisschen Verstand vollends verwirrt zu haben. Dass unsere Genossen irgend welche von mir vertretenen Auffassungen abgelehnt hätten, gehört ins selbe Reich des Schwindels. Wir haben am letzten Mittwoch eingehend die Situation geprüft; die von mir vertretene Auffassung wurde von der gut besuchten Versammlung, der unsere Fraktionsmitglieder aus dem Genossenschaftsrat ebenfalls beiwohnten, einstimmig gebilligt. Unsere Genossen wissen, was sie wollen, und werden ihre Ansicht der heute stattfindenden Versammlung der Vertrauensleute des A. C. V.-Personals vorlegen. Das entscheidende Wort hat die allgemeine Personalversammlung vom Donnerstag.»

Damit haben wir unsern Lesern Gelegenheit verschafft, Zuschauer des zänkischen Nachspiels zu sein, das von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiführern zur Abstimmung im A. C. V. aufgeführt wurde. Ob noch weitere Szenen folgen, wissen wir nicht, aber gewiss scheint uns zu sein, dass nun kein sachlich urteilender Genossenschafter mehr in Unklarheit darüber sein kann, dass eine leichtfertig veranlasste und gestützte Bewegung ihr verdientes Schicksal gefunden hat.

Der Konsumverein Olten im Jahre 1925.

Die Jahresberichte dieser Genossenschaft sind in den letzten Jahren etwas knapp an statistischem Material, auch werden die separaten Betriebsrechnungen der acht Geschäftsabteilungen nicht mehr veröffentlicht, sondern nur die Gesamtbetriebsrechnung. Alle wissenswerten Mitteilungen aus der umfangreichen Statistik werden der Versammlung von 100 Delegierten, die anstelle der abgeschafften Generalversammlung die Jahresrechnung abnimmt, mündlich gemacht. Die Verschiedenartigkeit der Aufstellung der Betriebsrechnungen in den Konsumvereinen gestattet sowieso nicht ohne weiteres Vergleiche zu ziehen. Den Genossenschaftern von Olten genügt die Bekanntgabe der Gesamtresultate, und hier, wie gewiss auch andernorts, ist der Wissensdurst in konsumgenossenschaftlichen Sachen bei vielen Mitgliedern schon nach der Bekanntgabe der Höhe der

Jahresabschlüsse von

Verein	Abschluss pro	Mitgliederzahl	Zahl der Läden	Warenumsatz Total	Warenumsatz pro Mitglied	Warenbezug beim V. S. K.	Betriebskosten Total	Betriebskosten in % zum Warenumsatz	Betriebsüberschuss	Verteilung des Betriebsüberschusses: Ausbezahlte Rückvergütung in Fr.	Ausbezahlte Rückvergütung %	Abschreibungen	Zuweisungen an diverse Reservefonds
Aadorf . . .	31. 7. 25	274	2	226,625	827	155,696	23,522	10,3	[1]) 20,942	[1]) 20,446	[1]) 11 u. 5	102	200
Bonaduz . . .	30. 6. 25	58	1	61,183	1,055	45,391	5,064	8,3	4,879	2,886	7	349	1,400
Buchs (St. G.) .	1. 9. 25	1,026	5	636,928	621	345,003	75,470	12,3	60,953	49,964	10	1,298	8,500
Bühler	29. 3. 25	410	2	129,231	315	67,472	16,093	12,5	7,761	10,679	10 u. 5	—	—
Frenkendorf[3]) .	31. 8. 25	731	5	705,731	965	483,200	80,135	11,4	66,581	47,724	8 u. 5	10,609	7,924
Gams	30. 6. 25	304	3	298,850	983	106,089	35,380	11,8	11,895	9,300	6	1,500	2,379
Gossau (St. G.) .	30. 6. 25	804	4	352,390	438	147,192	42,153	12,0	28,735	26,475	10 u. 5	—	1,396
Grabs	31. 8. 25	960	4	656,110	683	426,716	54,423	8,3	59,980	47,365	10	3,000	8,000
Hettiswil . . .	30. 6. 25	80	1	71,632	895	34,963	6,198	8,7	3,849	3,263	6	240	586
Hindelbank . .	30. 6. 25	92	1	71,640	779	40,765	7,306	10,2	2,676	2,595	6	1,177	—
Lachen . . .	30. 9. 25	797	3	604,705	759	325,529	46,636	7,7	60,535	51,300	9	2,500	6,200
Langnau a. A. .	31. 8. 25	220	2	251,868	1,145	161,754	30,266	12,0	16,789	14,000	7 u. 5	947	1,800
Lengnau (B.) .	31. 8. 25	434	2	226,260	521	126,381	31,585	14,0	[1]) 13,495	[2]) 11,469	[2]) 7	1,867	—
Lenzburg, A.K.G.	29. 8. 25	318	2	228,498	719	105,513	21,981	9,6	11,775	10,908	7	2,500	—
Liestal	31. 7. 25	3,452	23	2,114,584	613	1,028,987	311,586	14,7	144,178	114,450	7	16,836	12,502
Lyss	27. 9. 25	679	4	414,391	610	244,674	50,993	12,3	31,489	26,950	7 u. 5	7,308	4,116
Marbach (St. G.)	26. 9. 25	60	1	45,865	764	25,577	5,139	11,2	3,421	2,604	7 u. 6	99	600
Quarten . . .	31. 7. 25	83	3	122,654	1,478	54,927	?	?	6,842	6,700	7 u. 5	800	1,000
Romanshorn . .	31. 8. 25	1,825	15	969,487	531	521,495	152,626	15,7	48,438	36,800	8	3,638	8,000
St. Georgen . .	30. 8. 25	487	3	291,100	598	125,354	40,308	13,8	19,001	13,507	10 u. 5	—	4,000
Schaffhausen, Apotheke.	30. 6. 25	262	2	110,136	420	127	39,738	36,1	8,799	—	—	3,700	4,850
Sirnach	31. 8. 25	98	1	69,217	706	46,996	7,458	10,8	7,038	4,000	8 u. 6	269	2,000
Steffisburg . .	31. 8. 25	2,549	18	2,140,942	840	1,028,497	241,257	11,2	201,279	130,000	7	31,180	40,000
Stein (Aarg.) .	24. 5. 25	64	1	36,133	565	37,124	3,700	10,2	2,606	1,523	6 u. 4	263	500
Teufen	30. 6. 25	507	3	164,857	325	55,802	29,273	17,8	7,463	7,397	6 u. 5	1,422	—
Waldenburg . .	30. 9. 25	?	4	334,225	?	244,352	36,062	10,8	22,846	—	—	22,846	—
Welschenrohr .	31. 8. 25	278	2	238,721	859	133,386	?	?	6,176	?	[1])8u.4	1,366	2,000
Wohlen (Aarg.) .	30. 9. 25	215	2	110,972	516	59,563	12,007	10,8	[1]) 5,834	[1]) 5,418	[1])8u.6	950	415
Zollikofen . .	3. 10. 25	420	2	298,130	710	178,889	32,836	11,0	22,737	15,750	7	2,089	4,770
Zürich, Apotheke	30. 6. 25	123	1	93,464	760	441	36,111	38,6	9,797	1,168	5	5,655	—

[1]) Rabatt inbegriffen. [2]) Rabatt. [3]) Konsumverein Niederschönthal.

Rückvergütung gestillt. Der Verwaltungsrat hat, wie im Vorjahre, eine Rückvergütung von 9% beantragt, und da sich in den letzten Jahren die Rückvergütung vom Tiefstand von 5% alljährlich um 1% bis auf 9% erhöhte, hatten einige vielleicht auf die Wiederherstellung der hier traditionellen 10% gehofft, die während drei Jahrzehnten bis zum Jahre 1916 ausgerichtet wurden. Taktische Gründe wurden aber diesmal einer Erhöhung vorangestellt.

Vom Warenverkauf an die Mitglieder von Fr. 4,657,902.79 entfallen auf das allgemeine Warengeschäft Fr. 2,238,235.98, Brotverkauf Fr. 382,297.63, Weingeschäft Fr. 294,600.27, Milchverkauf 603,656.62 Fr. während 10 Monaten, Schlächterei Fr. 564,763.24, Brennmaterialien Fr. 132,491.40, Schuhgeschäft Fr. 287,041.15, Manufakturwaren Fr. 154,816.50.

Das Betriebsjahr 1925 war ein normales. Die meisten Abteilungen verzeichnen kleine quantitative Mehrumsätze, was bei der grossen und alljährlich noch zunehmenden Konkurrenz eine erfreuliche Erscheinung ist. Die eigenen Liegenschaften vermehrten sich um den Neubau einer Verkaufsfiliale und den Ankauf eines Bauplatzes an guter Geschäftslage. Der Bestand ist nunmehr 32 Gebäude und 3 Grundstücke mit einer amtlichen Schatzung von Franken 1,987,182.—, einem Buchwert von Fr. 1,501,789.— und einer hypothekarischen Belastung von Franken 163,200.—. Die Mobilien, Maschinen, Autos und Pferde stehen unverändert mit Fr. 1.— zu Buch. Erwähnenswert ist bei den Unkosten die enorme Steuerleistung von Fr. 55,424.75 für Gemeinde, Staats- und Kriegssteuern.

Der Mitgliederbestand bewegt sich um ca. 5500, und das Personal ist auf Ende des Betriebsjahres noch 113 Personen, nachdem das gesamte Molkereipersonal beim Uebergang der Konsummolkerei an den Nordschweiz. Milchverband auf 1. November 1925 von diesem Nachfolger übernommen worden ist.

Nachstehend die Bilanz per 31. Dezember 1925 nach Verwendung des Reingewinnes:

Aktiven.

Kassabestand	1,881.70
Postcheck	403.06
Guthaben bei Debitoren	53,433.28
Guthaben bei Banken	76,251.35
Guthaben beim V. S. K.	416,089.70
Vorräte in sämtlichen Betrieben	628,800.—
Wertschriften	68,900.—
Liegenschaften	1,501,789.95
Mobilien, Maschinen etc.	1.—
	2,747,550.04

Passiven.

Obligationen	494,500.—
Sparkasse	701,010.90
Realkautionen	33,500.—
Kreditoren	80,601.77
Milchmarken-Emmission	24,700.—
Hypothekarschulden	163,200.—
Reservefonds	970,000.—
Rückvergütungskonto	266,076.15
Saldo auf neue Rechnung	13,961.22
	2,747,550.04

Verbandsvereinen.

Kasse	Bank-guthaben	Waren-vorräte	Debitoren	Wert-schriften	Liegen-schaften	Mobilien Maschinen u. ä.	Waren- und Bank-schulden	Spar- und Depositen-gelder	Obli-gationen	Anteil-scheine	Hypo-theken	Reserve-fonds	Verein
643	12,700	34,553	3,016	40,200	43,500	31	3,907	44,750	19,000	5,167	25,000	16,722	Aadorf
445	—	11,179	1,173	80	—	1,100	7,043	629	—	1,775	—	1,400	Bonaduz
4,156	108,171	76,010	5,718	6,200	40,000	1	—	—	21,350	—	38,000	127,358	Buchs (St. G.)
832	12,013	31,700	—	16,900	45,000	2,000	—	20,603	30,850	—	30,600	14,230	Bühler
1,933	115,832	80,400	4,456	4,400	168,000	12,800	1,489	81,571	22,900	36,624	54,000	137,500	Frenkendorf
1,782	—	55,460	9,241	2,400	49,000	500	12,209	30,690	6,500	6,102	34,000	19,365	Gams
1,357	2,516	66,367	—	21,740	28,000	1	5,892	—	—	5,210	20,000	61,615	Gossau (St. G.)
11,784	100,616	41,093	3,702	10,300	42,000	1	—	—	—	—	32,000	125,516	Grabs
1,573	3,823	19,636	127	1,400	—	560	1,444	9,164	—	2,174	—	6,203	Hettiswil
54	—	26,400	—	400	53,103	4,368	12,628	19,613	19,100	4,169	21,560	2,964	Hindelbank
2,548	23,814	91,545	—	4,400	49,328	3,500	—	51,471	—	—	30,000	40,635	Lachen
328	11,216	56,017	4,270	4,000	186,100	8,527	1,118	7,114	6,050	88,787	117,000	23,676	Langnau a. A.
919	13,655	59,043	1,108	2,800	147,900	3,900	38	85,439	—	6,239	115,163	19,086	Lengnau (B.)
1,412	38,827	31,200	—	47,900	85,500	1	—	90,873	46,350	3,185	34,500	18,158	Lenzburg,A.K.G.
8,324	5,070	460,818	10,588	15,800	522,000	72,283	33,374	222,376	201,100	—	410,000	113,000	Liestal
6,449	98,815	79,678	4,838	139,820	178,200	7,000	—	271,465	—	24,638	109,385	64,243	Lyss
387	—	15,399	648	400	—	1	254	—	3,550	2,980	—	7,335	Marbach (St. G.)
5,762	—	42,380	—	1,043	18,000	800	37,282	—	—	3,040	15,000	3,820	Quarten
23,240	168,669	332,149	5,171	58,217	276,500	3,001	—	220,873	287,450	38,523	125,000	128,300	Romanshorn
4,071	30,149	25,751	2,518	2,000	95,500	1	2,955	—	16,300	3,295	80,980	32,360	St. Georgen
995	47	44,493	6,036	1,400	146,000	5,400	20,779	—	—	30,810	131,000	19,942	Schaffhausen, Apotheke
785	635	12,306	—	2,000	15,000	1	7,837	—	40	55	12,000	5,000	Sirnach
13,151	398,958	408,420	—	14,007	624,500	39,501	11,323	832,189	102,900	68,734	65,328	242,200	Steffisburg
71	—	9,300	447	80	—	1,200	5,705	—	2,573	—	—	500	Stein (Aarg.)
807	—	137,197	—	5,401	24,700	2,324	94,754	—	38,990	3,936	20,515	10,662	Teufen
—	—	64,500	—	4,170	89,000	12,266	132,326	—	—	—	83,500	—	Waldenburg
1,093	14,177	53,758	200	13,200	53,531	2,000	128	34,208	1,250	2,777	49,420	39,000	Welschenrohr
3,587	—	33,222	—	3,400	39,251	3,075	3,092	24,899	10,750	—	39,813	1,017	Wohlen (Aarg.)
190	16,700	46,000	7,121	74,850	154,300	2,233	2,798	144,230	—	8,677	88,930	40,630	Zollikofen
765	165	33,998	3,007	600	—	30,085	4,110	35,837	—	32,815	—	424	Zürich,Apotheke

Ueber das prozentuale Verhältnis der einzelnen Bilanzposten zur Bilanzsumme und die bezüglichen Veränderungen während den letzten 5 Jahren orientiert die folgende Aufstellung:

	1911 %	1922 %	1923 %	1924 %	1925 %
Wareninventar	32,5	28,4	27	26	22,9
Bankguthaben und bar	12,5	11,6	16	15,5	20
Liegenschaften	50	54,6	52,7	56	54,6
Mobilien und Maschinen	3	2,6	1,8	—	—
Andere Aktiven	2	2,8	2,5	2,5	2,5
Bilanzsumme Aktiven	100%	100%	100%	100%	100%
Sparkasse und Obligationen	34,5	42,7	43	44,5	43,5
Hypothekarschulden	29	16,5	10,2	6,4	5,9
Reservefonds	25,5	29,9	31,5	34,6	35,3
Andere Passiven	4	2,7	6,3	4	5,6
Rückvergütungskonto	7	8,2	9	10,5	9,7
Bilanzsumme Passiven	100%	100%	100%	100%	100%

Die Delegiertenversammlung hat die nachstehende Verteilung des verfügbaren Reingewinnes von Fr. 330,007.22 gutgeheissen: 9% Rückvergütung auf Warenbezügen Fr. 243,000.—, 2% Rückvergütung auf Fleischbezügen Fr. 9000.—, Zuweisung an den Reservefonds Fr. 64,046.—, Vortrag auf neue Rechnung Fr. 13,961.22. Zufolge einer weiteren, ausserordentlichen Zuweisung ab Rückvergütungskonto (unverteilte Rückvergütungen früherer Jahre) erhöht sich der Reservefonds um total Fr. 85,000.— und beträgt nunmehr Fr. 970,000.—. Die Zunahme des Reservefonds in den letzten drei Jahren (1923/25) ist Fr. 223,000.—, ein Beweis dafür, dass der Konsumverein Olten neben der Erhöhung der Rückvergütung auch die Bildung von Eigenkapital nicht vernachlässigt hat. Wenn sich dieser Verein auch künftighin in ähnlicher Weise entwickelt (zufälligerweise ist Olten auch der Sitz der «Union», unseres grössten wirtschaftlichen Gegners), dann wird es um die konsumgenossenschaftliche Sache in seinem Wirtschaftsgebiet nicht schlecht bestellt sein. —r.

Landpreis und Milchpreis.

In der Generalversammlung der Milch-Einkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine vom 14. März 1926 wurde anschliessend an mein Referat über die «Gegenwärtigen Verhältnisse in der Milchproduktion und die Lage auf dem Milch- und Milchproduktenmarkt» von verschiedenen Diskussionsrednern der Meinung Ausdruck gegeben, die gegenüber der Vorkriegszeit verteuerte Milchproduktion sei vor allem eine Folge der Ueberzahlung von Grund und Boden. Nachdem auch der Berichterstatter über diese Verhandlungen in Nr. 13 des «Schweiz. Konsum-Verein» vom 27. März die gefallenen Voten in ähnlicher Weise wiedergibt, sei mir an dieser Stelle folgende Richtigstellung gestattet:

Der Landgutspreis ist selbstverständlich von grossem Einfluss auf die Gestehungskosten der Milch. Vor dem Kriege fiel ungefähr ¼ der Produktions-

kosten auf die Verzinsung des Landgutskapitals. Heute sind es weniger, weil die andern Produktionsfaktoren weit mehr gestiegen sind als der Landzins. Der Landwirt ist hiergegen völlig ohnmächtig und es braucht wohl keiner weitern Beweise dafür, dass er sonst alles aufwenden würde, um die Gestehungskosten für die Milch als in seinem eigenen Interesse gelegen zu reduzieren.

Im Jahre 1913 noch konnte man in der Schweiz im Mittel mit Fr. 4500.— pro ha Land inkl. Gebäude rechnen, was à 4½ % einen Zinsanspruch von Fr. 202.50 oder bei einem mittlern Milchertrag von 4000 Liter pro ha 5 Cts. per Liter bedeutete. Die Inventar- oder Buchwerte in der schweizerischen Landwirtschaft sind laut den Rentabilitätserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariates, wie aus nachfolgenden Zahlen hervorgeht, seit 1913 bei weitem nicht in dem vielerorts vermuteten Umfange gestiegen, denn der Anteil Handänderungen war im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebe doch viel zu klein, um einen nennenswerten Einfluss auf den durchschnittlichen Buchwert auszuüben. Der Inventar- oder Buchwert pro ha betrug:

1904/1913	Fr. 4529.—
1914/1919	» 4760.—
1920/1922	» 5537.—
1923/1924	» 5617.—

Die Erhöhung ist nicht zuletzt auf die Vermehrung des Gebäudekapitals zurückzuführen, haben doch die Bau- und Reparaturkosten gegenüber vor dem Kriege eine gewaltige Steigerung erfahren.

Der Inventarwert ist innerhalb der letzten 10 Jahre um rund Fr. 1000.—, der Zinsanspruch bei 4½ % um Fr. 45.—, bei 5% um Fr. 50.— pro ha oder per Liter Milch um 1,1 bezw. 1,25 Cts. gestiegen. Die Verteuerung der Milchproduktion durch die Erhöhung der Landpreise ist, wie wir aus obigen Zahlen sehen, eine recht unbedeutende; deshalb geht es nicht an, die Ueberzahlung der landwirtschaftlichen Güter als Hauptursache der erhöhten Milchproduktionskosten hinzustellen. *Dr. L. M.*

Volkswirtschaft

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Der unerwartete Fall des belgischen Frankens hat bewiesen, dass die Währungen der ehemaligen Inflationsländer noch keineswegs auf so festen Füssen stehen, wie das heute gern hingestellt wird. Wo immer die Notenbanken unter dem unmittelbaren Einfluss des Staates stehen, da besteht keine Sicherheit für die Währung, weil mit jeder politischen Katastrophe, die den Staat befallen kann, auch die Währung in den Abgrund gerissen wird. Nun macht sich neuerdings bei den Notenbanken die Tendenz zu einem internationalen Zusammenwirken bemerkbar. Die heute von den Notenbanken befolgte Politik, den materiellen Gegenwert der Noten nicht mehr ausschliesslich in Metall, sondern auch in ausländischen Devisen anzulegen, leitet zu solch internationalem Zusammenwirken hin, da sie jede Notenbank am Schicksal der andern Währungen mit interessiert. Eine solche Entwicklung kann man nur begrüssen. Wenn es eine Sache gibt, die mit Recht internationalen Charakter hat, dann ist es das Geld. In Wahrheit ist heute ja das Gold wiederum das Weltgeld und alle stabilisierten Währungen sind nur eine Scheidemünze des Goldes. Solange die Notenbanken diese Stabilisierung ihrer Währungen aufrecht erhalten wollen, laufen ihre Bemühungen völlig parallel und nur, wenn sie sich statt in den Dienst der Währung in den Dienst der Politik stellen wollen, gehen sie auseinander. Ein internationales Zusammenwirken der Notenbanken hat also für das Volk gar keine Gefahren, sondern nur Vorteile. Der grösste Vorteil wäre übrigens, wenn diese internationalen Rücksichten sich schliesslich zu einem Machtfaktor auswachsen würden, der den heimischen politischen Einflüssen das Gleichgewicht hielte und damit einem erneuten Missbrauch der Währungen im vermeintlich nationalen Interesse unmöglich machen würde.

Der französische Franken stieg bekanntlich kurz nach Ende des Krieges bis auf nahezu 90 Prozent. Wer damals vorausgesagt hätte, dass er bis auf ein Fünftel sinken würde, dem hätte der ärgste Pessimist nicht geglaubt. Das unglückselige Schlagwort: Der Deutsche muss bezahlen, verleitete die französischen Behörden in den ersten Nachkriegsjahren zu einer masslosen Verschwendung, die sich heute an den französischen Steuerzahlern rächt. Zwar ist der verderbliche Rückgang der Währung erst in den letzten Jahren eingetreten, aber die entscheidenden Fehler wurden schon viel früher begangen. Frankreich finanzierte ebenso wie Deutschland seine übermässigen Ausgaben auf dem Wege des kurzfristigen Kredits durch sogenannte Bons du trésor, die dasselbe sind wie die deutschen Schatzwechsel und Schatzanweisungen. Bei Aufnahme solch kurzfristiger Kredite denkt natürlich jeder Finanzminister, dass sich dieser kurzfristige Kredit bald in einen langfristigen verwandeln wird, dass der kurzfristige Kredit im Grunde nur beansprucht wird, um Zeit zu gewinnen und eine Anleihe vorzubereiten. Solange nun diese Schatzanweisungen von den Banken und andern Geldgebern willig genommen werden, kann sich der Staat Geld verschaffen, ohne die Notenpresse in Anspruch zu nehmen. Gefährlich wird die Sache aber, wenn die Inhaber der Schatzanweisungen beim Verfall keine Anleihenstitel zeichnen und keine neuen Schatzanweisungen übernehmen wollen, sondern auf Rückzahlungen in barem Gelde bestehen, da dann in einem finanziell erschöpften Staate unbedingt Noten ausgegeben werden müssen. Weil im Jahre 1925 für mehr als zehn Milliarden Franken solcher Bons du trésor zurückgezahlt werden mussten, wofür der Staat keinen Gegenwert hatte, musste sich der französische Notenumlauf von Ende Februar 1925 bis zum gleichen Datum 1926 von 40,8 Milliarden auf rund 51 Milliarden erhöhen.

Man sieht, der kurzfristige Kredit ist in einem finanziell unsicheren Staate nur die Vorstufe der Inflation, doch kann sich auch in einem solchen Staate der langfristige Kredit, das heisst die fundierten Anleihen zur Verstärkung der Inflation auswirken. Denn in fast allen Ländern sind die Notenbanken gehalten, die Anleihenstitel des Staates zu beleihen, z. B. die Schatzanweisungen zu rediskontieren, und damit schon vorzeitig eine Steigerung des Notenumlaufs hervorzurufen. Wenn z. B. in einem Lande wie der Schweiz auch nur ein Viertel der öffentlichen Anleihen des Bundes, der Bundesbahnen, der Kantone und Städte bei der Nationalbank verpfändet werden sollte, dann würde das eine Steigerung des Notenumlaufs um mehr als das Doppelte hervorrufen und die Schweiz in eine Inflation hineintreiben. Nun ist das unter den heutigen Verhältnissen keineswegs zu besorgen, aber beim Zusammentreffen einer politischen und geldlichen Krise könnte die Beanspru-

chung der Notenbank auf diesem Wege doch zu stark werden. Der heutigen deutschen Reichsbank ist es unseres Wissens untersagt, die Anleihen des eigenen Staates zu beleihen. Das sieht sehr unpatriotisch aus, ist aber im Grunde sehr weise und wäre darum zur Nachahmung zu empfehlen.

In Frankreich scheint man übrigens noch immer nicht die Lösung der Finanzkrise mit der rechten Energie zu erstreben. Wenn auch die neuen Steuerpläne angenommen werden, so bleibt es noch fraglich, ob ihr Ertrag hinreicht, um die Ausgaben zu decken. Und vor allem scheint es der französische Staat noch immer an der erforderlichen Sparsamkeit fehlen zu lassen, die freilich in einer Demokratie nicht leicht durchzuführen ist. Kommt aber die Demokratie in Frankreich aus der finanziellen Misswirtschaft nicht heraus, dann könnte das Ende eine Diktatur sein, wie sie in Italien, Spanien und Griechenland besteht. Die Folgen eines solchen Systemwechsels wären freilich unabsehbar.

Bewegung des Auslandes

Rumänien.

Der Verband Raiffeisen'scher Genossenschaften Siebenbürgens. In einem Grossteil der Staaten Osteuropas bestehen völkische Minderheiten deutscher Zunge. Alle diese Minderheiten führen heute einen schweren Kampf um die Erhaltung ihrer angestammten Sprache und Kultur. Währenddem im allgemeinen der Deutsche, wo er vereinzelt in fremde Lande kommt, sich ausserordentlich leicht in die neuen Verhältnisse einfügt, zeigt er hier in seinen mehr oder weniger geschlossenen Siedelungen eine ausserordentliche Zähigkeit in der Behauptung seiner besonderen Art. Zu den bekanntesten deutschen Siedlern im Osten Europas gehören die Siebenbürger Sachsen, politisch vor dem Kriege Ungarn, heute mit einer grossen ungarischen Minderheit zusammen Rumänen. Da diese Sachsen schon vor dem Kriege Minderheit waren, versteht es sich leicht, dass sie ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl haben und dass deshalb bei ihnen auch der Boden für die Genossenschaftsbewegung ausserordentlich günstig ist. Ebenso verständlich ist es, dass die Raiffeisensche Form der genossenschaftlichen Betätigung ihrer Eigenart am meisten entspricht. Der vorherrschende Typus der Genossenschaft unter den Siebenbürger Sachsen ist deshalb die Raiffeisenkasse, und auch die übrigen Genossenschaften, worunter namentlich die Konsumvereine hervortreten, atmen stark den Geist des engen Zusammenschlusses, der den Raiffeisenschen Genossenschaften so besonders eigen ist.

Die rumänischen Genossenschaften werden vom Staat sehr begünstigt, müssen sich dafür aber auch eine starke Einmischung des Staates in ihre inneren Angelegenheiten gefallen lassen. Die starke Kontrolle des Staates hat keine Anwendung auf die schon bestehenden Genossenschaften, insofern sie sich dieser Kontrolle nicht unterstellen wollen. Den Genossenschaften, die sich der staatlichen Kontrolle nicht fügen, werden dafür aber alle Vergünstigungen abgesprochen, die die kontrollierten Genossenschaften geniessen. Die Genossenschaften der Siebenbürger Sachsen haben es vorgezogen, ihre Selbständigkeit zu bewahren. Das hat aber zur Folge, dass ihr Verband neue Genossenschaften nicht mehr aufnehmen kann. Seine Mitgliederzahl kann demzufolge nur noch abnehmen, im besten Falle aber stabil bleiben. Im Jahre 1924 trat eine Verringerung nicht ein. Die Mitgliedschaft setzt sich vielmehr am Ende wie am Anfang des Jahres zusammen aus 183 Spar- und Vorschussvereinen, 81 Konsumvereinen, 4 Kellervereinen (Weinverwertungsgenossenschaften), einer Genossenschaftsmühle, der Zentrale der Spar- und Vorschussvereine (Hermannstädter allgemeine Sparkassa) und der Zentrale der Konsumvereine (Verbandszentrale der Konsumvereine). Die Verhältnisse in diesen Genossenschaften sind, wie wir schon erwähnten, sehr bescheiden. Die Raiffeisenkassen zählen 18,377, die Konsumvereine 8123, also je etwa 100 Mitglieder pro Genossenschaft. Die Bilanzsumme der Raiffeisenkassen beläuft sich auf zusammen 71,707,793.63 Lei (1 Lei = rund 2½ Rappen), die der Konsumvereine auf 11,864,434.16 Lei. Die Spareinlagen der Raiffeisenkassen beziffern sich auf 57,194,886.92 Lei, die Anlehen auf 9,100,644.74 Lei, die Reserven auf 2,191,819.36 Lei, die Genossenschaftsanteile auf 226,533.50 Lei. Gegen Schuldscheine haben die Genossenschaften 38,052,084.70, gegen Wechsel 2,192,984.46 Lei ausgeliehen, bei Sparkassen 7,385,728.26 Lei angelegt und 4,875,787.27 Lei bar in ihren Kassen liegen. Der Reinüberschuss von 148 Vereinen beläuft sich auf zusammen 490,941.62 Lei, der hauptsächlich aus Abschreibungen voraussichtlich nicht erhältlicher Zinsguthaben auf ungarischen Kriegsanleihen entstandene Verlust von 34 Vereinen auf 145,829.55 Lei. Die im Jahre 1924 neu ausgegebenen Darlehen machen zusammen den Betrag von 23,065,072.64 Lei aus. Die Konsumvereine erzielten einen Umsatz von zusammen 42,088,451.87 Lei. Ihre Einkäufe bei der Verbandszentrale belaufen sich auf 10,201,199.36 Lei. 61 Vereine erstatteten ihren Mitgliedern zusammen 656,119.01 Lei zurück. Der Reinüberschuss von 80 Vereinen nach Abzug der Rückvergütung beziffert sich auf 313,041.40 Lei, der Verlust eines Vereins auf 8134.30 Lei. Die Warenvorräte stehen mit 10,049,728.91 Lei zu Buch. Ihrer Zentrale schulden die Konsumvereine 4,427,175.80 Lei, ihren Mitgliedern 980,054.51 Lei Spareinlagen und 313,516.06 Lei Genossenschaftsanteile. Der Reservefonds aller Genossenschaften erreicht die Höhe von 850,299.64 Lei, 261,022.90 Lei mehr als 1923.

Schweden.

Genossenschaftliches Bildungswesen. Dass die schwedischen Genossenschafter, deren Bewegung in den letzten Jahren so starke Fortschritte zu verzeichnen hatte, die Ausbildung des Personals nicht vernachlässigen, zeigt folgendes Sommerprogramm der Genossenschaftsschule des Verbandes schwedischer Genossenschaften, Kooperativa förbundet:

3.—15. Mai: Wiederholungskurs für Vereinsverwalter, nur für Verwalter, die keine Zeit zur Beteiligung an einem längeren Kurs haben und sich über bestimmte Vorkenntnisse ausweisen können. Der Kurs umfasst Warenkunde, Uebungen im Buchabschluss und der Bilanztechnik, Kontrollwesen, Genossenschaftsgesetz und Statuten, Steuerwesen, Ladeneinrichtungen, Organisation des Genossenschaftswesens, Geschäftskorrespondenz, Propagandawesen.

16. Mai—13. Juni: 4 Wochenkurse für Ladenpersonal. Maximale Teilnehmerzahl 35, Minimalalter 18 Jahre. In diesen mehr Ferienkurscharakter tragenden Wochen wird eine Anleitung zum Studium des Genossenschaftswesens gegeben;

daneben finden Vorträge über die Aufgaben und Pflichten des Ladenpersonals, Uebungen im Ladenfensterdekorieren, der Buchhaltung und dem Rechnen statt. Diese Wochen dienen nur zur Weiter-, nicht zur Ausbildung von Ladenpersonal.

Eine fünfte Woche folgt unmittelbar, die ausschliesslich für das Ladenpersonal des Konsumvereins in Stockholm bestimmt ist.

Bis Ende Juli wird die Schule in gewohnter Weise für die Sommerschule reserviert sein.

Die Sommerschule dient dazu, Angestellten und Mitgliedern einen angenehmen Sommeraufenthalt zu bieten, bei welchem sie im Kreise Gleichgesinnter auch noch ihre Kenntnisse in genossenschaftlichen Fragen erweitern können.

Alle diese Kurse sind unentgeltlich und die Teilnehmer haben nur einen bescheiden berechneten Preis für Kost und Logis, sowie für das Material zu bezahlen. Eine stets wachsende Zahl von Konsumvereinen gewährt Unterstützungen für den Besuch der Schule.

Im August beginnt dann wieder, wie in den letzten Jahren, die strenge Arbeit mit dem Vereinsverwalterkurs. In diesem 2 Monate dauernden Kurse soll fähiges Laden- und Lagerpersonal zu Verwaltern ausgebildet werden; Minimalalter 25 Jahre. Zur Teilnahme werden ganz bestimmte, umfassende praktische und theoretische Vorkenntnisse verlangt.

Der Sommer wird durch einen 4-wöchigen Ladenvorsteherkurs abgeschlossen, in welchem Ladenpersonal, das sich schon während einiger Jahre im Ladendienst des Konsumvereins bewährt hat, zu Ladenvorstehern, resp. I. Verkäuferinnen vorbereitet wird. Auch hier wird der Ausweis über ganz bestimmte Vorkenntnisse verlangt; Minimalalter 19—20 Jahre.

Bei den beiden letzten Kursen haben die Teilnehmer nur die Auslagen für das Material und für Besichtigungen selbst zu bestreiten, für den Unterhalt der Schüler kommt der Verband auf.

Die Lage der Schule in der Nähe von Stockholm ermöglicht jeweils die Besichtigung verschiedener genossenschaftlicher und anderer sehenswerter Einrichtungen. Ch.

Aus unserer Bewegung

Basel. *A. C. V.* (F.-Korr.) Der Aufsichtsrat hat Jahresbericht und Rechnung für das 60. Geschäftsjahr genehmigt und an den Genossenschaftsrat weitergeleitet. Das Jahresergebnis ist infolge der starken Spesenvermehrung nicht ganz so günstig wie letztes Jahr. Der Totalverkauf beträgt Fr. 53,232,017.— gegenüber dem Vorjahre mit Fr. 50,508,131.—, somit eine Vermehrung um Fr. 2,723,885.— oder 5,3%. Die Rechnung schliesst ab mit einem Bruttoüberschuss von Fr. 3,856,890.— (im Vorjahre Franken 3,550,500.—). Hievon sollen für Abschreibungen verwendet werden auf den Immobilien Fr. 358,393.— (1924: Fr. 300,009.—), auf den Mobilien Fr. 393,254.— (1924: Fr. 352,427.—), auf dem Pferdekonto Fr. 20,000.— (1924: Fr. 7521.—), für Vergabungen zu wohltätigen Zwecken Fr. 12,000.— (1924: Fr. 14,000.—). Total der Abschreibungen und Zuwendungen Fr. 783,648.— (1924: Fr. 833,957.—). Vom Nettoüberschuss von Franken 3,073,242.— kommen 5% = Fr. 160,000.— in den Reservefonds und Fr. 2,913,242.— gelangen als Rückvergütung an die Mitglieder, Fr. 8.— auf Fr. 100.— eingeschriebene Konsumation. In die Einkaufsbüchlein sind eingetragen Fr. 36,361,661.— gegen Fr. 32,121,000.—. Die Sitzung des Genossenschaftsrates ist auf den 13. April festgesetzt.

Biel. *hw.* Der Genossenschaftsrat behandelte in seiner Sitzung vom 29. März die Frage der Aufhebung des Verkaufsladens in Ligerz. Unsere Genossenschaft hat seinerzeit die zwei Depots der ehemaligen Genossenschaft in Twann übernommen mit der vertraglichen Verpflichtung, keines derselben eingehen zu lassen, sofern die Umsatzziffern den Rentabilitätsanforderungen genügen. Leider haben sich die Verhältnisse in rückläufiger Linie entwickelt. Ob das Aufgeben der selbständigen Verwaltung daran schuld ist oder andere Verhältnisse mehr zum Desinteressement der dortigen Genossenschafter geführt haben, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Vielleicht kommen die Leute in absehbarer Zeit zur Ueberzeugung, dass sie ihre Interessen als Konsumenten nicht gut gewahrt haben. Die neu entstandenen Privatläden in Ligerz sollen sich durch weitgehendes Kreditgewähren die Gunst vieler Bewohner erworben haben.

Der Genossenschaftsrat genehmigte den vom Verwalter, Herrn Walther, einlässlich begründeten Antrag auf Schliessung der Filiale auf 1. Mai einstimmig.

Im weiteren war die Frage der Pensionierung von Angestellten auf der Tagesordnung. Die Genossenschaft ist bis heute der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine noch nicht beigetreten. Trotzdem wurden innert kurzer Frist an zwei arbeitsunfähig gewordene ältere Angestellte des Brennmaterialiengeschäftes freiwillige Ruhegehälter bewilligt. Die Behörden erhielten Auftrag, für weitere solche Fälle Richtlinien aufzustellen, welche solange Gültigkeit hätten, bis der Anschluss an die Versicherungsanstalt möglich ist. Der vom Verwaltungsrat vorgelegte Antrag stuft die zu gewährenden Beträge nach dem Dienstalter ab ohne Rücksicht auf die Höhe des bezogenen Lohnes und variiert von Fr. 500.— jährlich nach 10 Dienstjahren bis Fr. 1200.— nach 25 Dienstjahren. Die Genossenschaft anerkennt damit keine Verpflichtung zur Ausrichtung von Ruhegehältern, an welche das Personal direkt nichts beigetragen hat, will aber doch den Grundsatz hochhalten, dass arbeitsunfähig werdende ältere Angestellte nicht ohne weiteres auf die Strasse gestellt werden. Man war allgemein der Ansicht, dass diese Lösung ein Palliativmittel sei und dass die Genossenschaft möglichst bald den Anschluss an die Versicherungsanstalt bewerkstelligen müsse. Das Personal äufnet einen Fonds durch Einzahlung von 2% des Lohnes und wird so in einigen Jahren die von ihm zu leistenden Einkaufssummen erspart haben. Die Genossenschaft muss ihrerseits auch danach trachten, die für diesen Zweck nötigen Mittel bereit zu stellen. Der Rat genehmigte schliesslich auch diese Vorlage.

Wald. Die am 27. März abgehaltene Vereinsversammlung des Konsumvereins Wald und Umgebung war von ca. 220 Genossenschaftern besucht. Herr Präsident Rüegger entbietet den Teilnehmern genossenschaftlichen Willkommensgruss.

Der Jahresbericht mit seinem ernsten und gutgemeinten Appell an die Genossenschafter wird von der Versammlung gebührend verdankt und genehmigt. Es ist der aufrichtige Wunsch von Vorstand und Verwaltung, dass der Bericht von *allen* Mitgliedern gelesen und gewürdigt werde. Anschliessend widmet der Präsident dem um das Genossenschaftswesen vorbildlich verdienten verstorbenen langjährigen Präsidenten Heinrich Walder einen warmen Nachruf; die Versammelten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen.

Herr Verwalter Kägi referiert sodann in ausführlicher Weise über die Jahresrechnung und gibt anschliessend daran die Verteilung des Nettoüberschusses von Fr. 88,646.85 bekannt. Er beantragt der Versammlung, nach Vornahme der üblichen und statutarischen Abschreibungen die gewiss schöne Summe von Fr. 71,700.— = 10% als Rückvergütung an die Mitglieder auszubezahlen, was von den Anwesenden mit Dank begrüsst wird. Die Osterfesttage haben sich dadurch wohl in mancher Familie angenehmer gestaltet.

Entgegen einem Antrag aus dem Mitgliederkreis, in Zukunft Rechnung und Jahresbericht in Broschürenform an die Mitglieder abzugeben, wird, gestützt auf einen Gegenantrag, beschlossen, am derzeitigen billigeren Modus festzuhalten, immerhin mit der Neuerung, dass die Mitglieder auf rechtzeitige Bestellung in den Depots den Bericht in Broschürenform auf dem Bureau beziehen können.

Aus der Wahl in die Rechnungsprüfungskommission an Stelle des ausscheidenden Herrn Arni geht bei offener Abstimmung Herr Gustav Rüegg, Obermeister, Sagenrain, hervor.

Herr Buchhalter-Kassier Pfenninger referiert sodann über die Festsetzung des Zinsfusses für Mitglieder-Guthaben. Er empfiehlt und beantragt, vom 1. Januar 1926 an 4½% zu entrichten. Ein Wunsch aus der Versammlung, den Zinsfuss auf 5% zu belassen, findet keine Gnade; der Antrag des Vorstandes wird zum Beschluss erhoben.

Unter «Mitteilungen des Vorstandes» gibt Herr Präsident Rüegger bekannt, dass der in der letzten Versammlung beschlossene Kredit für den Bau in Laupen in Anbetracht der immer noch notwendigen Sparmassnahmen nicht in Anspruch genommen werden soll. Immerhin werden die dringendsten Reparaturen durchgeführt. Herr Verwalter Kägi empfiehlt zur Abnahme Saat- und Speisekartoffeln, sowie Briketts und ermahnt die Genossenschafter in ihrem eigenen Interesse, den ganzen Bedarf in unserem eigenen Geschäfte zu decken.

Das letzte Traktandum, Allfälliges, gab Anlass zu reger Aussprache über die in letzter Zeit auch in unserer Gegend aufgetauchte Migros A.-G. Der Präsident erklärt, nachdem er verschiedene Beispiele über deren Gebaren angeführt, das sicherste und wirksamste Mittel zur Bekämpfung sei treues und festes Zusammenhalten der Mitglieder, unterstützt von Vorstand und Verwaltung. Ein Genossenschafter äusserte sich dahin, dass auch die Gemeindebehörden Abwehrmittel in der Hand haben und einstehen sollen für ihre steuerzahlende Genossenschaft und die Gewerbetreibenden.

Mit dem Wunsche an die Mitglieder, es möge ihnen eine fröhliche Osterfeier beschieden sein, schliesst der Vorsitzende ca. um 10 Uhr die Versammlung. *J.*

Bibliographie

Eingelaufene Schriften.

Dr. Arno Schreiber: Die Konzentration im Genossenschaftswesen. Zweite geänderte und erweiterte Auflage. Berlin, Selbstverlag: Berlin-Steglitz. 1926.

Dr. Arno Schreiber gehört zu der nicht grossen Zahl junger Genossenschaftsschriftsteller. Seine erste Broschüre, die wir oben genannt haben, erlebte in kurzer Zeit ihre zweite Auflage. Die Broschüre ist sehr gründlich geschrieben, hat jedoch den Mangel, dass der Verfasser die ausländische Literatur über das behandelte Thema nicht kennt oder nicht berücksichtigt. Er erwähnt nicht einmal die in der Schweiz erschienenen, wichtigen «Richtlinien», ausgearbeitet von B. Jæggi in Verbindung mit Dr. K. Munding.

Wäre der Verfasser in der ausländischen Literatur über die Konzentrationsfrage im Genossenschaftswesen belesen, so würden wir in seiner Arbeit nicht nur Vorteile, sondern auch einige Nachteile der Konzentration finden.

Auch sind wir mit Dr. Schreiber nicht einverstanden, wenn er die Genossenschaften den Kartellen gleichstellt und als Beleg dafür Zitate aus meistens nicht sehr kompetenten Quellen gibt.

Interessant sind die Tatsachen, die der Verfasser in dem Abschnitt «Der artfremde Horizontalismus bei den Genossenschaften» darlegt. So hat z. B. die Zentralkasse ländlicher Genossenschaften zu Stettin den grössten Teil des Gesellschaftskapitals der Stolper Bank A.-G. in Händen. Die Viehverwertungsgenossenschaft mit Sitz in Stuttgart hat eine grosse Anzahl Aktien der grössten Wurstfabrik in Frankfurt a. M. erworben. Der landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsverein in Stralsund G. m. b. H. besitzt sämtliche Aktien der Barther Aktien-Dampfmühle.

Dr. Schreiber unterscheidet drei verschiedene Entwicklungsabschnitte in der Konzentration der genossenschaftlichen Zentralverbände: 1. die unorganische, wahllos alles umfassende Vereinigung; 2. die Umgestaltung und Ablösung nach Beruf, Wirtschaftsinteressen und damit verbundener Weltanschauung; 3. die organische Zusammenfassung.

Der Verfasser glaubt mit Recht, dass die Zeit kommen wird, in der sich die vertikalen Richtungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumvereine so stark kreuzen werden, dass eine Arbeitsteilung erfolgen muss. Dann wird es darauf ankommen, dass die entscheidende Stunde von dem deutschen Genossenschaftswesen richtig ausgenutzt wird. Zum Schluss sagt Dr. Schreiber noch folgendes: «Werden in diesen früher oder später kommenden entscheidenden Stunden des Genossenschaftswesens politische, gesellschaftliche und persönliche Rücksichten zugunsten wirtschaftlicher Erfordernisse zurückgesetzt, dann verhilft das Genossenschaftswesen durch straffe Konzentration den beteiligten Wirtschaften zu einer in sich geschlossenen Grossmachtstellung.»

Wir empfehlen die interessante Broschüre Dr. Schreibers jedem, der über diese schwierige Frage gründlich unterrichtet werden möchte. *Prof. Dr. V. Totomianz.*

Bernhard Jæggi. Clôture des comptes d'après les principes commerciaux, mises en réserve et création de capital social. Directives pour le cours des gérants de coopératives du 3 au 7 septembre 1925. (Genossenschaftliche Volksbibliothek, Heft 5.)

Von demselben: Betriebsabschlüsse nach kaufmännischen Grundsätzen, Reservestellungen und Schaffung von Sozialkapital. Wegleitung für den Kurs für Konsumverwalter vom 3. bis 7. September 1925. (Genossenschaftliche Volksbibliothek, Heft 18.)

Die Weiterbildung des jungen Schweizer-Kaufmanns im Ausland. Herausgegeben von der Schweiz. Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen. No. 1, Frankreich. Verlag Orell Füssli, Zürich. 62 S.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 6. April 1926.

1. Den Statutenrevisionen der Verbandsvereine in Castasegna und Magadino wird die Zustimmung erteilt.

2. Es wird beschlossen, als weiteres Heft der «Genossenschaftlichen Volksbibliothek» im Verlage des V. S. K. herauszugeben die Broschüre «Das genossenschaftliche Programm und die sozialistischen Schulen», verfasst von Charles Gide, Professor am Collège de France, Paris, ins Deutsche übersetzt von H. Thurow.

3. Vom Generalsekretariat des Internationalen Genossenschaftsbundes wird ein Programm über den von der Bildungsabteilung des britischen Genossenschaftsverbandes veranstalteten internationalen genossenschaftlichen Sommerkurs übermittelt. Dieser Kurs, der in Verbindung mit dem Internationalen Genossenschaftsbund durchgeführt wird, findet vom 17./31. Juli 1926 in Manchester statt. Die Kosten für den Kurs inklusive Pension belaufen sich auf 4 englische Pfund Sterling pro Woche. Anmeldungen sind bis spätestens 1. Juni 1926 zu richten an Herrn C. E. Wood, Educational-Department, Co-operative Union Ltd., Holyoake House, Hannover Street, Manchester, wo auch weitere wünschenswerte Auskunft erteilt wird.

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis VI.

(Urkantone.)

Einladung zur Frühlingskonferenz

Sonntag, den 18. April 1926, vormittags 9½ Uhr im Hotel «Lindenhof» in Baar.

TAGESORDNUNG:

1. Appell und Wahl der Stimmenzähler.
2. Protokoll der letzten Herbstkonferenz.
3. Jahresbericht und Rechnungsablage des Kreisvorstandes.
4. Bericht der Rechnungsrevisoren.
5. Festsetzung des Jahresbeitrages per 1926.
6. Wahlen:
   a) des Kreisvorstandes;
   b) der Rechnungsrevisoren.
7. Jahresbericht und Rechnung des V. S. K. pro 1925.
8. Traktanden der Delegiertenversammlung des Verbandes.
   Referent für die Traktanden 7 und 8: Herr E. O. Zellweger, Sekretär der Verwaltungskommission des V. S. K.
9. Bezeichnung des nächsten Konferenzortes.
10. Allgemeine Umfrage.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung und entbieten genossenschaftlichen Gruss!

Der Kreisvorstand VI.

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis VIII

(Appenzell, St. Gallen und Thurgau)

Einladung zur Frühjahrskonferenz

Sonntag, den 18. April 1926, vormittags 11½ Uhr im Hotel «Löwen» in Kreuzlingen.

TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Wahl der Stimmenzähler.
3. Verlesen des Protokolls.
4. Jahresbericht des Präsidenten.
5. Jahresrechnung und Revisorenbericht.
6. Festsetzung des Jahresbeitrages für die laufende Kasse und den Propagandafonds. Tätigkeitsprogramm pro 1926.
7. Jahresbericht und Jahresrechnung des V. S. K. pro 1925 und Traktanden für die Delegiertenversammlung pro 1926 in Zermatt. Referent: Herr Dr. O. Schär, Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
8. Antrag des Verbandes thurgauischer Konsumvereine: Es sei die obligatorische Prüfung der Jahresrechnungen aller dem Kreis VIII angehörenden Vereine durch die Kontrollstelle des V. S. K. durchzuführen.
9. Bestimmungen des nächsten Konferenzortes.
10. Allgemeine Umfrage.

Der ungünstigen Zugsverbindungen wegen muss der Beginn der Konferenz auf 11½ Uhr, das Mittagessen auf 2 Uhr angesetzt werden.

Mit genossenschaftlichem Gruss!

Für den Kreisvorstand VIII,
Der Präsident: **Fritz Mayer-Ott.**
Der Aktuar: **F. Mächler.**

Genossenschaft für Möbelvermittlung

EINLADUNG

zur

8. Generalversammlung

auf Dienstag, den 20. April 1926, nachmittags 2 Uhr, im Verwaltungsgebäude des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Thiersteinerallee 14, in Basel.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Generalversammlung vom 7. März 1925.
2. Jahresbericht und Jahresrechnung pro 31. Dezember 1925.
3. Wahl der Revisoren (Kontrollstelle).

VERBAND SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V.S.K.)

Kreis IIIa.

(Kreisverband bernischer Konsumvereine)

Einladung zur ordentlichen Frühjahrskonferenz

Sonntag, den 18. April 1926, vormittags 10 Uhr im Gasthof zum Löwen (Klösterli), in Pieterlen.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Herbstkonferenz in Neuenegg.
2. Jahresbericht des Kreispräsidenten.
3. Rechnungsablage, Bericht der Revisoren.
4. Festsetzung des Jahresbeitrages für 1926.
5. Wahl des Kreisvorstandes für die nächsten zwei Jahre.
6. Wahl der Rechnungsrevisoren für 1926.
7. Antrag des Kreisvorstandes auf Ergänzung der Verbandsstatuten betr. Revisionsverbände.
8. Das Getreidemonopol. Referent: Herr Nationalrat Grimm, Bern.
9. Gesetz über den Warenhandel. Referent: Herr Grossrat Thomet, Mitglied des Aufsichtsrates des V. S. K.
10. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung des V. S. K. für das Jahr 1925. Referent: Herr B. Jæggi, Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
11. Traktanden der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Zermatt. Referent: Herr B. Jæggi, Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
12. Bestimmung des Ortes der nächsten Kreiskonferenz.
13. Allfälliges.

Angesichts der Bedeutung dieser Verhandlungsgegenstände laden wir die Kreisvereine angelegentlich zu zahlreicher Beschickung der Konferenz ein.

Mit genossenschaftl. Gruss!

Im Namen des Kreisvorstandes,
Der Präsident: **Fr. Tschamper.** Der Sekretär: **Weibel.**

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Junger **Kaufmann** sucht Stelle als Buchhalter, Korrespondent, Verwalter oder ähnliches. Offerten unter Chiffre F. S. 63 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Lehrstelle gesucht. Tochter, 18 Jahre alt, deutsch und französisch sprechend, sucht Lehrstelle, um den Verkäuferinnenberuf in einem Konsum zu erlernen. Anmeldungen nimmt entgegen die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Pieterlen.

Junger, kaufmännisch gebildeter Mann sucht Stelle in Konsumverein als **Stütze des Verwalters.** Offerten unter Chiffre F. F. 66 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Kautionsfähiges **Ehepaar** sucht die Leitung einer kleineren **Konsumfiliale** zu übernehmen. Offerten unter Chiffre O. P. 65 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 8. April 1926.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.